

SP-Winkler: „Budgetüberschuss 2025 verschärft Investitionsrückstau in Oberösterreich.“

Der Budgetüberschuss 2025 ist kein Erfolg, sondern ein wirtschaftspolitischer Fehler: Während Oberösterreichs Wirtschaft schwächelt und dringend einen Investitionsturbo bräuchte, spart das Land – vor allem auf Kosten der Gemeinden.

Eine sparsame und vorsichtige Gebarung der Landesfinanzen zeichnet das Land Oberösterreich seit vielen Jahren aus. Sparsamkeit ist aber für öffentliche Haushalte kein Selbstzweck: durch Sparen in guten Zeiten werden die wirtschaftlichen Spielräume für mehr Ausgaben in schlechteren Zeiten geschaffen. Wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vom Land gespart wird, dann wird damit das wirtschaftliche Potenzial in Oberösterreich geschwächt – auf Kosten der Zukunft des Wirtschaftsstandorts.

Besonders unvernünftig ist es, wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der „regionale Wirtschaftsmotor“ der Gemeinden geschwächt wird. Das Land Oberösterreich geht aber leider genau diesen Weg. Mit den höchsten Landesumlagen (Summe aus Krankenanstalten-, SHV- und allgemeiner Landesumlage) werden die Gemeinden in Oberösterreich überproportional belastet.

Für SPÖ-OÖ-Vorsitzenden und Landesrat Martin Winkler ist klar: „Fast 50 Prozent der Gemeinden konnten im Jahr 2025 ihren Haushalt nicht ausgleichen und waren dadurch zum Zwangssparen verpflichtet. Das ist wirtschaftlich unsinnig, weil die Gemeinden bei ihren Ausgaben primär die regionale Wirtschaft bedienen. Oberösterreich braucht wirtschaftlich starke Gemeinden in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten und kein Zwangssparen.“

Winkler bemängelt die fehlende Wirtschaftskompetenz bei ÖVP und FPÖ in Oberösterreich: „Schwarz-Blau setzt die falschen Prioritäten. Statt im Jahr 2026 endlich gegenzusteuern, wird die finanzielle Last für die Gemeinden im Jahr 2026 von Landeshauptmann Stelzer und LH-Stellvertreter Haimbuchner weiter erhöht. Das verschärft den wachsenden Investitionsrückstau im Land. 2026 werden mehr als die Hälfte der Gemeinden ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Damit wird die in der Verfassung vorgesehene Gemeindeautonomie in Oberösterreich mehrheitlich abgeschafft. Gemeindeinvestitionen in die Kinderbetreuung, in die Infrastruktur wie Brücken oder Straßen, ins Vereinswesen oder bei den Feuerwehren müssen immer weiter verschoben werden. Das gehört dringend geändert. Oberösterreichs Wirtschaft braucht dringend einen Investitionsturbo mit mehr Gemeindeinvestitionen.“

Eine wesentliche Stellschraube zur Entlastung der Gemeinden sei die Reduktion der Landesumlagen: „Oberösterreich liegt deutlich über dem Bundesschnitt. Eine Anpassung auf den Durchschnitt der Bundesländer würde unsere Gemeinden um mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Dieses Geld würde direkt vor Ort wirken, weil es investiert wird. Das bekommen die lokalen Baufirmen, Zimmereien, Tischlereien, Installateure, Elektriker, Fliesenleger etc. Damit wird regionale Wertschöpfung und Beschäftigung geschaffen.“

Abschließend betont Winkler: „Das Land Oberösterreich sollte seinen finanziellen Muskel gerade im Jahr 2026 verstärkt einsetzen. Nicht nur auf Gemeindeebene besteht ein Investitionsrückstau im Land. Investitionen in neue Kraftwerke schaffen Energieunabhängigkeit und Arbeitsplätze. Das Land sollte sich in einer Energiekrise selbst engagieren und der Energie AG unter die Arme greifen. Auch der Wohnbau sollte deutlich ausgeweitet werden, weil der Wohnbau weitere Ausgaben bei der Ausstattung und Einrichtung auslöst und eine sehr hohe Bruttowertschöpfung bewirkt. Diese öffentlichen Ausgaben schaffen Arbeitsplätze und stärken unseren Wirtschaftsstandort, wenn die Exportwirtschaft in Oberösterreich schwächelt. Das Land ist hier in der Pflicht, aktiv etwas dazu beizutragen, dass unsere Wirtschaft diese schwierigen Zeiten erfolgreich meistert.“